

AKTUELL



Sacha Pulli, Ben Polidori und Francine Closener (v.l.n.r.) stellten am Mittwoch die bildungspolitischen Forderungen der LSAP vor.

BILDUNGSPOLITIK

„Wou wëlle mer hin?“

Tessie Jakobs

Diese Woche stellte die LSAP ihre bildungspolitische Vision unter dem Motto „Eng Schoul, an där jidderree sech wuel fillt“ vor. Besonders kritisch war die Oppositionspartei dabei allerdings nicht.

Gerecht, inklusiv, partizipativ und psychosozial unterstützend – so stellt sich die LSAP die Bildungslandschaft der Zukunft vor. Es brauche mehr konventionierte Kitas, mehr Regelschulen sowie mehr Ressourcen für Kompetenzzentren. „Vill Leit hunn d’Flemm“, fasste LSAP-Präsidentin Francine Closener am Mittwoch gegenüber der Presse ihren Eindruck zusammen. Ziel sei ein Schulsystem, das alle Kinder – unabhängig von Herkunft, sozialen Bedingungen oder sprachlichem Hintergrund – gleichberechtigt begleitet und fördert. Ein System, das vom Kleinkindalter bis zum Schulabschluss von einem gemeinsamen pädagogischen Konzept getragen wird.

Einheitlich und inklusiv

Die LSAP schlägt vor, die öffentlichen Europäischen Schulen und die traditionellen öffentlichen Schulen strukturell zusammenzuführen, um ein einheitliches System zu schaffen. Schüler*innen und Eltern müssten frühzeitig und umfassend über ihre Optionen informiert werden, um fundierte Bildungsentscheidungen treffen zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der individuellen Förderung. Im Grundschulbereich soll schulische Unterstützung konsequent ausgebaut werden, insbesondere für Kinder mit Lernrückständen oder erhöhtem Förderbedarf. Für die Sekundarstufe fordert die Partei transparente Promotionkriterien sowie eine modular strukturierte Gewichtung von Haupt- und Nebenfächern.

Ein besonderes Anliegen ist der LSAP die schulische Inklusion. Mehr spezialisiertes Personal, eine feste Ansprechperson für betroffene Familien

sowie eine garantierte Platzvergabe in Kompetenzzentren sollen hier für bessere Unterstützung sorgen. Darüber hinaus will die Partei Inklusion über die Schule hinausdenken – etwa durch eine engere Zusammenarbeit mit den Maisons relais, durch inklusive Freizeitangebote und durch den Ausbau der Kooperation mit den Ateliers protégés.

Ein weiterer zentraler Baustein der Vision betrifft das körperliche, mentale und soziale Wohlbefinden von Schüler*innen und Personal. Gefordert wird unter anderem die Integration psychischer Gesundheit in die schulmedizinische Betreuung sowie die Verankerung entsprechender Inhalte in der Ausbildung von Lehr- und Betreuungspersonal. Bewegung und Sport sollen zudem als Mittel zur Gesundheitsförderung stärker in den Schulalltag integriert werden.

Abschließend fordert die LSAP, die partizipative Gestaltung des Schulalltags verpflichtend zu verankern. Kreativität, kritisches Denken und demokratische Prozesse sollen gezielt gefördert werden, Schüler*innen, Eltern und Personal gleichberechtigt an der Entwicklung und Gestaltung ihrer Schule mitwirken können.

Auf die Frage, was die LSAP konkret an der Bildungspolitik von Minister Claude Meisch kritisiere, erklärte Francine Closener, man wolle in erster Linie Denkanstöße liefern. Was solle das luxemburgische Schulmodell eigentlich erreichen? Sollen Regelschulen langfristig durch Europaschulen ersetzt werden? Derzeit existieren beide Systeme nebeneinander – was, so Closener, der sozialen Kohäsion schade.

Grundsätzlich stellt die LSAP die bildungspolitische Ausrichtung der Regierung jedoch nicht infrage – viele ihrer Vorschläge decken sich inhaltlich mit den bestehenden Zielen. Offen bleibt, ob es der Partei gelingt, mit ihrer Initiative konkrete Impulse in der politischen Debatte zu setzen.

SHORT NEWS

Le Luxembourg va reconnaître l’État de Palestine

(fg) – Le Luxembourg va reconnaître l’État de Palestine lors de l’assemblée générale des Nations unies qui se tient jusqu’à ce 23 septembre, à New York. Après une première annonce dans ce sens par Xavier Bettel, Luc Frieden en a donné confirmation lors d’une réunion de la commission parlementaire des Affaires étrangères, lundi 15 septembre. Tandis qu’il recevait le lendemain le président du Conseil européen, Antonio Costa, le premier ministre a précisé le choix de son gouvernement : « Nous sommes choqués évidemment par les attentats du 7-October, mais nous sommes aussi très choqués par les images que nous voyons tous les jours à Gaza. Et c’est la raison pour laquelle le gouvernement luxembourgeois a décidé d’aller en direction de la reconnaissance de l’État de Palestine. » Le même jour, Luc Frieden s’est entretenu avec le président israélien, Isaac Herzog, afin de lui expliquer cette décision, tout en précisant que le grand-duché « est et restera l’ami d’Israël ». Partisan de la solution à deux États, le Luxembourg reconnaîtra l’État de Palestine dans un contexte où « ni le Hamas ni le gouvernement israélien ne veulent la paix », estime Xavier Bettel. Actuellement, 143 États membres de l’ONU sur 193 reconnaissent la Palestine. La France, le Royaume-Uni, l’Australie, la Belgique ou encore le Portugal en feront de même à l’occasion de la réunion onusienne. Cette reconnaissance intervient alors que le gouvernement de Benjamin Netanyahu a lancé une nouvelle offensive particulièrement meurtrière sur la ville de Gaza.

Arzneimittelknappheit: „Der Winter naht.“

(mc) – In den vergangenen zwei Jahren kam es in der EU in der dunklen Jahreshälfte zu Engpässen in der Versorgung mit wichtigen Arzneimitteln. Daran wird sich aller Voraussicht nach auch in diesem Jahr nichts ändern, konstatiert der EU-Rechnungshof, der vergangenen Mittwoch einen Sonderbericht zur Arzneimittelknappheit in der EU vorstellte. „Die Rahmenbedingungen haben sich nicht verbessert“, sagte Klaus-Heiner Lehne, früherer CDU-Europaabgeordneter und für die Prüfung zuständiges Mitglied des Rechnungshofs. Als Gründe für die Knappheit wurden unter anderem die überwiegende Produktion in nicht-EU Staaten (hauptsächlich Asien), die Anfälligkeit der Lieferketten und die mangelnde Koordination der EU-Mitgliedsländer genannt. Die EU-Arzneimittelbehörde (EMA) hätte nicht einmal eine vollständige Datengrundlage der einzelnen Länder, obschon dies „eine Grundvoraussetzung für jegliche Koordination“ sei, so Lehne. Zwischen 2022 und dem 31. Oktober vergangenen Jahres, dem Stichtag für die vorgelegte Statistik für das Jahr 2024, meldete Luxemburg zwei Mal einen kritischen Arzneimittelmangel. Sprich: In zwei Fällen war ein für die Behandlung schwerer oder lebensbedrohlicher Krankheiten notwendiges Medikament über einen längeren Zeitraum nicht verfügbar. Noch fehlt es der EU an einem wirksamen System zum Management kritischer Engpässe, so das Fazit des Rechnungshofs. Laut Lehne sollten die Mitgliedstaaten als ersten Schritt zügig den von der EU-Kommission vorgeschlagenen „Critical Medicines Act“ beraten und beschließen, denn „der Winter naht.“

Geheime Milliardenklage gegen Luxemburg

(mes) – Immer häufiger verklagen Investoren Staaten auf privaten Schiedsgerichten. Hintergrund ist der sogenannte ISDS-Mechanismus (Investoren-Staat-Streitbeilegung), der in vielen Investitionsabkommen enthalten ist, und Firmen ermöglicht Entschädigungen für investitionsschädliche politische Maßnahmen einzufordern. Lag die Anzahl der Klagen 1995 noch bei sechs, kommt es seit 2013 zu durchschnittlich über 60 Klagen pro Jahr. Dabei werden nationale Gerichte umgangen, und die Entscheidung von privaten Anwalt*innen getroffen, meist hinter verschlossenen Türen. Beliebt ist die Rechtsstrategie besonders bei Großkonzernen wie Shell oder Huawei. ISDS-Verträge gefährden so „nationale Sicherheitsinteressen, Steuermaßnahmen, eine fortschrittliche Klima- und Umweltpolitik und demokratische Entscheidungsprozesse“, kritisierte der Méco in einem Presseschreiben vom 17. September. Fünf europäische Organisationen, darunter Friends of Europe, denen der Méco angehört, beleuchten die Praxis in einer neuen Kampagne anhand von zehn Fällen. So verklagt etwa der russische Oligarch Mikhail Fridman seit 2024 den luxemburgischen Staat, weil das Großherzogtum in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seine Vermögenswerte eingefroren hat. Der Milliardär fordert eine Entschädigung in Höhe von 16 Milliarden Dollar – rund die Hälfte der gesamten staatlichen Einnahmen. „Man mag sich kaum vorstellen was es für Luxemburg und die Steuerzahler bedeuten würde, wenn wir den Fall verlieren würden“, so der Méco. Die NGOs fordern die Kündigung aller laufenden ISDS-Verträge. Aus dem Energiecharta-Vertrag ist Luxemburg etwa mittlerweile ausgestiegen: „Die EU und die Mitgliedstaaten müssen dieses obscure Relikt, das Profite über Demokratie, Soziales und Umweltschutz stellt, abschaffen.“